

Monetäre Reformansätze im Vergleich

Welche Rolle das Geld in unseren Volkswirtschaften spielt, vor allem seine Kaufkraftstabilität, haben wir im vergangenen Jahrhundert in Deutschland zweimal in den großen Inflationen erlebt. Noch gravierender waren die Auswirkungen fehlerhafter Geldmengensteuerung Anfang der 1930er Jahre in der großen Deflation. Sie brachte den Geldkreislauf über Jahre hinweg fast zum Erliegen, mit entsprechenden Einbrüchen der Konjunktur und einem Heer von Arbeitslosen und unsäglichem Elend.

Umlaufgeld - 100%-Geld - Vollgeld

Von Helmut Creutz

Denkt man speziell an die politischen Entwicklungen die daraus folgten, dann zeigt sich, zu welchen Kettenreaktionen geldpolitische Fehlentscheidungen oder Fehlstrukturen führen können. Nicht zu Unrecht schrieb darum im Jahr 1953 die deutsche Gewerkschaftszeitschrift Metall: "Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes in den Grundfesten erschüttert: Während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929. Ohne diese Katastrophe wäre der Nationalsozialismus niemals eine Macht geworden."

Heute, nach mehr als 50 Jahren ungestörter wirtschaftlicher Entwicklungen, erleben wir immer deutlicher andere Folgen einer unzulänglichen Geldpolitik, vor allem die langfristigen Auswirkungen ständig positiver bzw. sogar über den Wachstumsraten liegender Zinssätze! Wir erleben diese Auswirkungen nicht nur als zunehmende Auseinanderentwicklungen zwischen Arm und Reich, sondern auch als den sich daraus ergebenden Zwang zu einer ständigen Ausweitung aller Produktionen. Denn statt die Ursachen dieser sozialen und ökologischen Probleme zu korrigieren, ist der Ruf nach mehr Wachstum weiterhin das einzige Rezept von Politik und Wissenschaft.

Im Hinblick auf diese zunehmenden Probleme wird es darum immer dringlicher, sich mit den monetären Ursachen dieser Fehlentwicklungen zu befassen. Zur Belebung dieser dringend notwendigen Befassung werden nachfolgend drei Geldreformmodelle aus den letzten hundert Jahren vorgestellt und miteinander verglichen, nämlich das Umlaufgeld, das 100%-Geld und das Vollgeld.

Das Umlaufgeld

Dieser Begriff ist eine Kurzbezeichnung für jenes umlaufgesicherte Geld, das von dem deutschen Kaufmann und Geldreformer Silvio Gesell (1862-1931) erdacht und gefordert wurde und von den meisten Gruppen der heutigen Geldreformbewegung vertreten wird.

Ausgehend von persönlichen Erfahrungen mit Inflationen und Deflationen in Südamerika, hat Silvio Gesell bereits

"Gesetzliche Zahlungsmittel sind Geld in eigenem Recht, eine unspezifizierte Kaufanweisung auf alles, was es für Geld zu kaufen gibt. Sie bedürfen über die im BIP manifestierte Produktivität hinaus keiner zusätzlichen 'Deckung', wohl aber eines kompetenten öffentlichen Geldmengenmanagements durch eine unabhängig gestellte Währungsbehörde (Zentralbank)."

Joseph Huber, Nachwort zur deutschen Ausgabe des Buches
"100%-Money" von Irving Fisher, 2007

Ende des 19. Jahrhunderts die Ursachen dieser oft dramatischen Entwicklungen zu ergründen versucht. Dabei stieß er nicht nur auf die negativen Auswirkungen der damals noch üblichen Golddeckungen bzw. -bindungen des ausgegebenen Geldes, sondern auch auf die Wirkungs-Zusammenhänge zwischen der Geldmenge und deren unregelmäßiger Einsatzhäufigkeit.

Die sich daraus ergebenden und wiederholenden Konjunktureinbrüche und Katastrophen machte Gesell aber nicht nur an den Notenbanken fest, sondern ebenso an den Geldhaltegewohnheiten der Geldbenutzer, also der Wirtschaftsteilnehmer. Er erkannte, dass nur bei einem gleichmäßigen Einsatz bzw. Umlauf des Geldes diese negativen Erscheinungen beherrschbar werden. Und das nicht nur im Hinblick auf das ständige Auf und Ab der Konjunkturlagen, sondern vor allem im Hinblick auf die Notwendigkeit einer effektiven und optimalen Geldmengensteuerung durch die Zentralbanken.

Weiterhin ergründete Gesell die Ursachen und Auswirkungen der Zinsschwankungen, vor allem deren Bedeutung für die Entscheidungen über den Einsatz des Geldes für Nachfrage oder Ersparnisbildungen. Ebenfalls befasste er sich mit den Folgen unterschiedlicher Geldhaltungen, vor allem der Ersparnisbildungen und Hortungen des Geldes, sowie der gravierenden Folgen von Geldverknappungen und Unterbrechungen des Geldkreislaufs. Weiterhin, welche Auswirkungen die veränderten Inflations- und Zinsraten auf diese sich oft selbst verstärkenden Problemprozesse haben.

Beide Mittel, die damals wie auch heute der Steuerung der Geldmenge sowie der Schließung des Geldkreislaufs und damit der Konjunkturverstetigung dienen sollen, also höhere Zinsen und Inflation, sind jedoch – wie sich immer wieder zeigte – mit höchst negativen Folgeerscheinungen verbunden, die sich mit der Höhe dieser Prozentsätzen exponentiell entfalten. Einen Schlüssel zur Lösung dieser Probleme sah Gesell in der Verstetigung des Geldumlaufs, den er mit einer Gebühr auf die Geld(zurück)haltung erreichen wollte.

Viele der Forderungen und Vorschläge Gesells in Sachen Geld, z.B. die Aufgabe der Goldbindung, den Abbau der den Handel belastenden Zölle, die Beachtung des Preisindex und damit die Zusammenhänge zwischen Geldmenge, Inflation und Konjunktur, gehören inzwischen zum allgemeinen Wissenstand. Doch die Grundprobleme unseres Geldsystems, die Unzulänglichkeit der Geldmengensteuerung und damit der Erhaltung der Kaufkraftstabilität, sind bis heute ebenso wenig gelöst wie die Probleme ständig positiv bleibender Zinsen.

Das 100%-Geld

Dieser Begriff bezieht sich auf das 100%-MONEY-Modell des US-Mathematikers und Ökonomen Irving Fisher (1867-1947), das er in den Wirren der großen Deflation Anfang der 1930er Jahre vorgeschlagen hat.

Als Praktiker unter den Ökonomen hatte sich Fisher in diesen Depressionsjahren intensiv mit banktechnischen Fragen und Vorgängen befasst. Zu Recht beanstandete er, dass die Krisen entscheidend durch die Zahlungsunfähigkeiten der Banken ausgelöst bzw. verstärkt wurden. Denn auf Grund der begrenzten vorhandenen Bargeldmenge (die dazu noch an die Goldvorräte gekoppelt war!) konnte die einsetzende Flucht der Bankkunden ins Bargeld über die Auflösung ihrer Sichtguthaben nur unzureichend und schließlich gar nicht mehr befriedigt werden. Unzählige Banken mussten ihre Schalter schließen. Die daraus resultierenden Zahlungsmittel-Knappheiten und Preisrückgänge verstärkten dann noch die Geld- Zurückhaltungen in den Händen der Wirtschaftsteilnehmer und damit die Einbrüche in der Nachfrage, mit der Folge von Produktionsrückgängen und steigender Massenarbeitslosigkeit.

Zur Vermeidung solcher Geldengpässe sah Fishers Reformvorschlag vor, die Bestände auf den Sichtguthaben, die in einer Art Doppelrolle sowohl zum Kreditpotenzial der Banken als auch zu den Zahlungsmitteln gehören (siehe Variante a) in der Darstellung), durch Rücklagen der Banken bei der Zentralbank zu unterlegen. Wenn schon nicht mit direkten Zentralbankgeld, sollten diese Sichtguthaben wenigstens in voller Höhe mit Wertpapieren der Banken abgesichert werden, die bei der Zentralbank zu deponieren >

waren. Kurz: Die Sichtguthaben, bisher nur in Höhe von 10% durch Einlagen bei der Zentralbank gesichert, sollten nun zu 100%-MONEY werden.

Mit dieser Maßnahme sollte jedoch nicht nur die Zahlungsfähigkeiten der einzelnen Banken in Krisenzeiten erhalten, sondern auch eine Stärkung des ganzen Bankensystems erreicht werden.

Interessant ist, dass sich Irving Fisher, ebenso wie John Maynard Keynes, positiv zu den Reformansätzen Silvio Gesells geäußert hat. Fisher bezeichnete sich sogar als "bescheidenen Schüler" dieses Außenseiters unter den Geld-Denkern und vertrat die Ansicht, dass die damalige Deflations-Krise mit dem von Gesell vorgeschlagenen umlaufgesicherten Geld in kürzester Zeit zu überwinden sei. Keynes dagegen hob vor allem die langfristigen positiven Wirkungen der Reformgedanken Gesells im Hinblick auf die Überwindung der leistungslosen Einkommen und damit der Sozialprobleme hervor und schrieb in seinem Hauptwerk "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Geldes und des Zinses", dass diese "carrying costs" (Geldhaltskosten) "zum sanften Tod des Rentiers" führen und der "vernünftigste Weg" sein würde, "um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen der Kapitalismus loszuwerden". Und dies schrieb auch Keynes wenige Jahre nach der großen deflationären Krise, die Anfang der 1930er Jahre die Welt erschütterte.

Das Vollgeld

Dieser Begriff wurde von Joseph Huber, Professor für Soziologie in Halle, als Titel seines 1998 erschienenen Buches geprägt, in dem er für eine Übernahme der Sichtguthaben durch die Zentralbanken plädiert.

Mit dem Begriff Vollgeld bezeichnet Joseph Huber also einen Reformansatz, der – ähnlich wie bei Irving Fisher – zwar die Absicherung der Sichtguthaben zum Ziel hat, aber einen entscheidenden Schritt weiter geht: Die Zentralbank soll nicht nur für eine Absicherung der als Zahlungsmittel genutzten Sichtguthaben sorgen, sondern diese ganz in ihren Verwaltungs- und Verantwortungsbereich übernehmen, womit sie zu einem vollwertigem Geld, also zu Vollgeld würden. Neben dem Bargeld (Münz- und Papiergeld) würde den Bürgern also mit dem Buchgeld eine dritte Variante der staatlich ausgegebenen Zahlungsmittel zur Verfügung stehen. Die Versorgung mit diesem Buchgeld und die damit abgewickelten Geschäfte, also vor allem die elektronisch abgewickelten Zahlungsvorgänge, sollen jedoch weiterhin von

den Banken übernommen werden, ähnlich wie das ja auch bei der Versorgung der Wirtschaft mit Bargeld der Fall ist.

Dieses Modell, mit dem sich eine klare Trennung zwischen den Zahlungs- und den Kreditmitteln ergibt, ist in der Darstellung in der Variante b) als Schema wiedergegeben.

Seinen Vorschlag zur Aufhebung der Doppelrolle der Sichtguthaben als Zahlungs- und Kreditmittel verbindet Huber jedoch noch mit weiteren Überlegungen. Ausgehend davon, dass der Gebrauch des Bargeldes zugunsten der unbaren Zahlungen immer mehr zurückgehen wird, soll mit der Einbeziehung der Sichtguthaben in das offizielle Geld auch der Einfluss der Zentralbank (und damit indirekt des Staates) auf die geldbezogenen Vorgänge und das wirtschaftliche Geschehen gesichert und verstärkt werden.

Um auch den Politikern dieses Modell interessant zu machen, verweist er auf den Gewinn, der mit der Übernahme und Ausgabe dieses zusätzlichen Zentralbankgeldes durch die Zentralbank für den Staat verbunden ist. Gemeint ist der Ausgabegewinn des Geldes, die Seigniorage, die heute dem Staat nur noch bei den Münzen in voller Höhe zugute kommt und bei den Banknoten lediglich in Form der Zinsüberschüsse, die von den Zentralbanken mit der Ausleihungen ihrer Geldausgaben erwirtschaftet werden. Bei den von der Zentralbank übernommenen und nun als Buchgeld ausgegebenen bisherigen Sichtguthaben, würde der Staat dagegen in voller Höhe von den jeweiligen Vermehrungen dieses Geldes profitieren. Denn diese Ausweitungen würden jeweils dem Finanzminister zur Verfügung gestellt und über dessen Ausgaben in den Umlauf kommen.

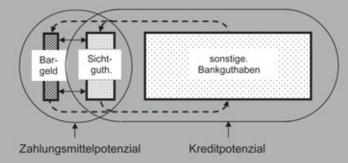
Die unterschiedlichen Auswirkungen der drei Modelle

• Die Wirkungen beim Umlaufgeld:

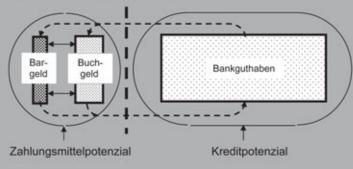
Bei der Umsetzung des Umlaufgeldes würde sich an den heutigen Geldgegebenheiten im Prinzip nichts verändern. Es bliebe auch bei der bisherigen Überschneidung des Nachfrage- und Kreditpotenzials im Bereich der Sichtguthaben. Aus der Einführung einer Umlaufsicherung, die sich als Liquiditätskosten oder Geldsteuer auf die jeweils gehaltenen Zahlungsmittelbestände auswirkt, würde zwar auch an den Staat einen Nutzen ziehen. Vor allem aber hätte diese Einführung – und das ist ihr Zweck – eine Veränderung des Umgangs mit dem Geld zur Folge: Statt beliebig viele Zahlungsmittel zu halten oder sogar längerfristig und in größeren Beträgen

Zahlungsmittel und Kreditpotenzial

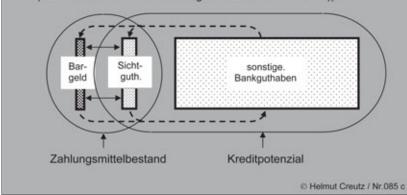
 heutiger Zustand - Überschneidung bei den Sichtguthaben (entspricht der heutigen Situation und dem 100%-Geld-Modell)



b) Zustand nach Trennung von Zahlungsmitteln und Guthaben: (entspricht im Prinzip dem Vollgeld-Modell)



c) Zustand nach Einführung einer Sicherung des Umlaufs: (deutet die Größenverschiebungen beim Umlauf-Geld an))



aus dem Verkehr zu ziehen, würden die Bürger, auf Grund dieser Geldhaltekosten, ihre Geldbestände auf den tatsächlich notwendigen Transaktionsmittelbedarf reduzieren. Entziehen können sich die Bürger dieser Gebühren jedoch in dem Umfang, wie sie überschüssige Geldbestände bei den Banken mittel- und längerfristig einzahlen und damit anderen zur Verfügung stellen. Ähnlich wie man sich durch Freigabe eines Parkplatzes und Überlassung an andere den Parkgebühren entziehen kann.

Mit diesen Gebühren auf die Geldhaltung würde jedoch nicht nur der Geldumlauf verstetigt, sondern – als Folge dieser Maßnahme – das Geld mit den zu tauschenden Gütern gleich gestellt. Denn diese Güter unterliegen ja bereits solchen ständigen Durchhaltekosten, die aus Alterung, Verderbnis und Unmodernwerden der Ware resultieren, zumindest jedoch den laufenden Lagerkosten. Und diese ständigen "Durchhaltekosten" gelten selbstverständlich ebenso für die Menschen, die ihre Arbeitskraft erhalten und anbieten müssen, während die Geldhaltung >

Erläuterungen zur Darstellung Nr. 085b

In der Darstellung werden die Größen und Beziehungen zwischen den Zahlungs- und Kreditmitteln schematisch mit ihren möglichen Varianten wiedergegeben.

Variante a) gibt den heutigen Zustand wieder, bei dem sich die Zahlungsmittel mit den Kreditmitteln im Bereich der Sichtguthaben überschneiden. D.h., die Sichtguthaben dienen nicht nur als Zahlungsmittel. Da sie durch Einzahlung von Bargeld an die Banken entstehen und ihnen damit Zentralbankgeld leihweise überlassen wurde, werden sie von den Banken zwischenzeitlich – eingeschränkt und weitgehend nur kurzfristig – auch als Kreditmittel genutzt. Mit dieser zwischenzeitlichen Nutzung kommt es also nicht zu einer Vergrößerung der Zahlungsmittel-Menge, sondern nur zu einer größeren Einsatzhäufigkeit und damit einer höheren wirtschaftswirksamen Effizienz.

Variante b) gibt die Situation bei einer Trennung zwischen Zahlungs- und Kreditmitteln wieder, wie das z.B. Josef Huber in seinem Buch "Vollgeld" vorschlägt. Dabei werden die Zahlungsmittelbestände auf den bisherigen Sichtguthaben zu offiziellem und vollwertigem Geld, zu einem echten Buchgeld, dessen Menge und Ausgabe, genau wie bei den Geldmünzen und -scheinen, der Zentralbank untersteht. Dieses Buchgeld würde zwar weiterhin über die Banken für bargeldlose Überweisungen eingesetzt werden können. Die Banken wären dabei aber nur Dienstleistungsunternehmen. Wegen des Fortfalls der bisherigen zwischenzeitlichen Verleihmöglichkeiten dieser Bestände und der damit verbundenen Zinsmargen-Einnahmen, dürften die Kosten für den Überweisungsverkehr allerdings ansteigen.

Variante c) entspricht den heutigen Gegebenheiten, berücksichtigt jedoch die Folgen einer eingeführten Umlaufsicherung, wie sie von Silvio Gesell und später auch von Keynes vorgeschlagen wurde. Bei dieser Umlaufsicherung werden die Geldhaltungen bzw. -zurückhaltungen mit Kosten belastet. Dies führt zu einer Reduzierung der gehaltenen Zahlungsmittelbestände auf die notwendige und nachfrageaktive Restmenge. Das wiederum hat eine entsprechende Ausweitung des Kreditpotenzials und damit einen Druck auf die Zinssätze zur Folge. Das vor allem, weil dieses marktgerechte Absinken der Zinsen nicht mehr durch künstliche Verknappungen des Geldangebots – also Geldzurückhaltung bzw. -hortung – verhindert werden kann. Durch diese Reduzierungen der Bargeld- und Sichtguthabenhaltungen auf die marktnotwendige Zahlungsmittelmenge wird es den Zentralbanken möglich, die Geldmenge direkt über die Preisindizes präzise zu steuern, womit Entstehungen von Inflationen und Deflationen vermeidbar werden.

bisher keinen vergleichbaren Durchhalte- bzw. Nutzungskosten unterliegt. Diese heutige Überlegenheit des Tauschmittels Geld, die `Jokereigenschaft' wie Dieter Suhr sie nannte, wird vor allem in der Möglichkeit deutlich, bei leihweisen Überlassungen von Geld einen Zins fordern zu können, der eine ständige Bereicherung des Geldhalters auf Kosten der Arbeitleistenden bewirkt. Dieses leistungslose Einkommen soll nach Gesell durch die Umlaufsicherungsoder Geldhaltegebühr neutralisiert werden!

Die positiven Auswirkungen einer solchen Gleichstellung des Geldes mit den dafür einzutauschenden Gütern und Leistungen wären enorm. Es käme nicht nur zu einem gleichmäßigeren Fluss des Geldes und damit zu stabilen Konjunkturlagen, sondern auch zu einer mengenmäßigen Übereinstimmung der ausgegebenen Geldmenge mit der aktiv nachfragenden! Mit dieser Reduzierung der Geldmenge auf das erforderliche und tatsächlich umlaufende Quantum, würde die Geldmenge für die Zentralbanken direkt steuerbar. Damit würde die Stabilisierung der Kaufkraft anhand der Preisentwicklungen auf direktem Wege möglich und Inflation und Deflation endgültig überwindbar! Das gilt auch für die fragwürdige Praxis heutiger Zentralbanken, den Deflationsgefahren durch die Einplanung einer Mindestinflation zu entgehen oder drohende Inflationsanstiegen durch Erhöhungen der Leitzinsen.

Kurz: Das Geld, der wichtigste Maßstab in Wirtschaft und Gesellschaft, würde mit Hilfe der Umlaufsicherung und der daraus resultierenden Anpassung an die Wirtschaftsleistung annähernd so stabil gehalten werden können, wie das bei Maßstäben für Gewichte und Größen selbstverständlich ist!

Zu diesen Stabilitätsvorteilen kämen jedoch noch weitere hinzu: Aufgrund der Geldhalte-Kosten würden Geldüberschüsse auch bei sinkenden Zinssätzen den Banken zur Verfügung gestellt. Das heißt, der Zins, als Knappheitsgewinn des Geldes, könnte und würde mit den Sättigungsentwicklungen auf den Märkten genau so marktgerecht gegen Null absinken, wie die Knappheitsgewinne auf den Gütermärkten! Die heutige Monopolrolle des Geldes wäre überwunden!

Die sich aus dieser marktgerechten Einfügung des Geldes in die Wirtschaftsprozesse ergebenden weiteren positiven Effekte sind kaum zu erfassen und aufzulisten. Sie reichen von der Abschmelzung der explosiven Zunahmen der Geldvermögens- und Schuldenberge sowie der Überwindung der Scherenöffnung zwischen Arm und Reich, bis hin zu der Überwindung des daraus resultierenden heutigen Wachstumszwangs mit seinen immer größeren Umweltfol-

gen. Außerdem käme es zu stabilen Wirtschaftslagen, die auch ohne Wachstum problemlos funktionieren können, bei gleichzeitigem Abbau der sozialen Spannungen.

In der Variante c) der Darstellung sind die vordergründigen Auswirkungen eines solchen umlaufgesicherten Geldes bezogen auf Zahlungsmittel- und Kreditpotenzial angedeutet: Die Zahlungsmittelbestände Bargeld und Sichtguthaben würden auf die marktnotwendigen Größen reduziert und das Kreditpotenzial entsprechend zunehmen. Das wiederum würde einen zusätzlichen Druck auf die Zinshöhe ausüben, die auf gesättigten Märkten schließlich gegen Null tendieren würden. Und zu Geldzurückhaltungen und damit erneuten Zinserpressungen und -anstiegen könnte es nicht mehr kommen.

Ein Wachstum der Ersparnisse ist zwar weiterhin nach Belieben möglich, würde sich aber nach und nach auf die Ersparnisbildungen aus Arbeitsleistung reduzieren. Während es heute durch den Zins- und Zinseszinseffekt zu immer größeren Reichtumskonzentrationen auf Kosten der arbeitenden Menschen kommt, die uns dazu noch in immer höhere Verschuldungen zwingen, käme es also zu einem allgemeinen Abbau dieser krisenträchtigen Effekte! Oder wie Keynes die Folgen beschrieb: "Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht wachsen." Die Volkswirtschaften können zwar bei echtem Bedarf noch wachsen, aber sie müssen es nicht mehr tun! Und die Politik, die nicht mehr auf dieses Wachstum angewiesen ist, kommt endlich in die Lage, das Verhalten der Verbraucher durch umweltbezogene Abgaben so zu steuern, dass die Erde auch noch für unsere Nachkommen bewohnbar ist.

• Die Auswirkungen des 100%-Geldes:

Die Umsetzung der Reformvorstellungen von Irving Fisher beschränken sich im Wesentlichen auf die volle Absicherung der Sichtguthaben durch Hinterlegungen von Wertpapieren bei der Zentralbank, woraus der Begriff des 100%-MONEY resultiert. Dabei war es Fisher klar, dass sich durch diese Absicherung und die damit verbundenen Zinseinnahme-Verluste die Kosten für die Banken und damit indirekt auch für die Bankkunden erhöhen würden. Er war jedoch der Ansicht, dass diese Nachteile für die Banken und Bankkunden durch die größere Sicherheit und die damit eingesparten Verluste in Krisenzeiten mehr als aufgewogen würden.



Zu beachten ist jedoch, dass mit diesen Absicherungen der Sichtguthaben das Problem der Zahlungsengpässe noch nicht gelöst wird. Denn wenn es tatsächlich in Krisenzeiten in einem größeren Umfang zu Bargeldabhebungen von den Sichtguthaben kommt, müssten die Zentralbanken auch entsprechende Bargeldreserven greifbar haben. Denn ohne diese Rückgriffsmöglichkeit auf Bargeld müssten die Banken – trotz der Absicherung – ihre Schalter schließen.

Zweifellos würde eine solche Absicherung der Sichtguthabenbestände auch positive Auswirkungen auf die allgemeine Wirtschaftslage haben. Auf die übrigen Problementwicklungen innerhalb unseres heutigen Geldsystems, angefangen von Inflationen und Deflationen bis hin zum Überwachstum der Geldvermögen und Schulden usw., hätte das 100%-Geld jedoch kaum größere Auswirkungen. Selbst dann nicht, wenn die Sichtguthaben und die hinterlegten Wertpapiere im vollen Umfang durch Geldscheinbündel im Keller der Zentralbank abgesichert würden! Das heißt, das Reform-Modell von Fisher würde seine Vorteile nur in extremen Krisenzeiten wirksam werden lassen, kaum aber deren Entstehen vermeiden.

• Die Auswirkungen beim Vollgeld:

Die Situation nach Einführung des Vollgeldes, also der Ausgabe der Sichtguthaben bzw. nun des Buchgeldes durch die Zentralbank, würde – wie in der Variante b) der Darstellung wiedergegeben – eine klare Trennung zwischen den von der Zentralbank ausgegebenen Zahlungsmitteln und den mit Hilfe dieser Zahlungsmittel gebildeten Kreditpotenzial zur Folge haben. Ebenfalls würde sich eine klare Trennung zwischen dem Verantwortungsbereich der Geld ausgebenden staatlichen Behörde und dem Bereich der privaten Nutzer dieses Geldes in der Wirtschaft ergeben, zu denen auch die Banken gehören.

An den Abläufen innerhalb der Volkswirtschaften ändert sich dabei jedoch kaum etwas. Der Unterschied wäre nur, dass diese Einzahlungen zur Ersparnisbildung nicht alleine mit dem von der Zentralbank ausgegebenen Bargeld vorgenommen werden können, sondern auch mit dem von der Zentralbank ausgegebenen Buchgeld. Wie heute bei dem eingezahlten Bargeld am Bankschalter üblich, würden die Banken dann auch die bei ihnen eingehenden Buchgelder – soweit nicht für laufende Abhebungen in der Kasse erforderlich – gegen Gutschriften an die Zentralbank zurückgeben um damit die dort aufgenommenen Zentralbankgeld-Kredite zu reduzieren.

Umgekehrt hätten die Banken die Möglichkeit, Abhebungen von den Guthaben in Bargeld oder Buchgeld auszuzahlen. Für Kreditvergaben steht dieses Buchgeld den Banken jedoch nur dann zur Verfügung, wenn es – wie heute das Bargeld – bei den Banken auf kurz- oder längerfristige Einlagen den Banken übertragen wird. Das heißt, die heutige Möglichkeit der Banken, die Sichtguthaben der Kunden zwischenzeitlich und ungefragt für kurzfristige Kredite zu nutzen, entfällt. Als Folge der damit entfallenden Zinserträge für die Banken, dürften sich die Kosten für die Überweisungsvorgänge erhöhen.

Denkt man an die Probleme die wir gerade in den letzten Jahren mit staatlichen Finanzinstituten hatten, wäre es auch zu wünschen, dass der Staat selbst keine Banken mehr betreibt. Sinnvoll wäre es aber auch, die Bezeichnungen für die Geld ausgebende Institution von der Bezeichnung "Bank" zu befreien. Der schon von Gesell vorgeschlagene und von Huber übernommene Begriff `Währungsamt´ wäre dann zweifellos zutreffender und würde den gravierenden Unterschieden beider Bereich gerecht werden.

Doch so sinnvoll die Umsetzung des Huber-Modells in mehrerer Hinsicht auch sein mag: Für das Vollgeld gelten im Wesentlichen die gleichen Vorbehalte wie für das 100%-Geld: An den entscheidenden Problemverhältnissen im Geldbereich und den Folgen in der Wirtschaft und Gesellschaft kann sich mit beiden Modellen kaum etwas verändern! Und auch der Geldausgabegewinn und dessen Auszahlung an den Staat, ist im Prinzip nichts anderes als eine Art Steuer, deren Einnahmehöhe dazu noch vom Wachstum der Wirtschaft abhängt! Und weil dies der Fall ist und diese Einnah-



men bei einer Überwindung des Wachstumszwangs auf Null fallen würden, ist auch die von Huber vorgeschlagene Koppelung dieser Einnahmen mit festliegenden Sozialausgaben kaum zu empfehlen.

Zweifellos ist die Überwindung der Vermischung zwischen Zahlungs- und Kreditmitteln zu begrüßen. Wie die aus meinem Buch 'Das Geld-Syndrom' stammenden Varianten a) und b) in der Darstellung zeigen, hat auch mich diese Problematik der Überschneidung des Nachfragepotenzials mit dem Kreditpotenzial bereits 1993 beschäftigt. Allerdings zeigt eine genauere Untersuchung der damit verbundenen Vorgänge, dass mit dieser Überschneidung keine wesentlichen Probleme verbunden sind.

Resümee

Eine Geldreform nach der Idee des **Umlaufgeldes** ist zweifellos die wirkungsvollste der drei vorgestellten Modelle. Denn mit der Umsetzung dieser Reform würden gleichzeitig die entscheidenden Fehler in unserer Geld- und Marktwirtschaft beseitigt. Das betrifft vor allem die Möglichkeit, durch Zurückhaltungen und künstlichen Verknappungen des Geldes dauerhafte leistungslose Einkommen zu erzielen! Denn diese monopolartige Überlegenheit des Geldes drückt unseren heutigen Volkswirtschaften den Stempel ungerechter Einkommensverteilungen auf und macht sie zu jenem kapitalistischen System, das die Marktwirtschaft verfälscht: Zu einem System, in dem die Belohnung der Geldvermögen Vorrang hat vor der Belohnung der Arbeit, selbst dann noch, wenn die Märkte gesättigt sind!

Eine Reform nach dem **100%-Geld-Modell** ergibt nur geringfügige Veränderungen im Geldsystem und dürfte in der Praxis hauptsächlich in Krisenzeiten nützlich sein, also in Zeiten, die sich mit der Einführung des Umlaufgeldes weitgehend verflüchtigen würden.

Die Einführung des **Vollgeldes** hätte den Vorteil, dass es zu klaren Abgrenzungen der Verantwortlichkeiten kommt: Die Ausgabe des Geldes, also die Versorgung der Wirtschaft mit den Zahlungsmitteln, wäre alleine Sache der dafür verantwortlichen staatlichen Währungsbehörde. Diese Währungsbehörde wäre zwar eine staatliche Einrichtung, müsste jedoch, wie heute die Deutsche Bundesbank oder das Bundesverfassungsgericht, von der Politik völlig unabhängig ihren Aufgaben nachkommen können.

Das wirkungsvollste Reformergebnis ergäbe sich wohl, wenn man das von Gesell ausgehende **Umlaufgeld** mit Teilen des **Vollgeld-Modells** von Huber verbinden würde. Denn die mit dem Umlaufgeld-Modell möglich werdende Feinsteuerung der Geldmenge, bei der man nur noch auf die Schwankungen der Preisindices zu reagieren braucht, ließe sich am einfachsten über dosierte Geldausgaben an den Staat abwickeln. Der Finanzminister müsste dabei verpflichtet sein, das zusätzliche Geld umgehend über anstehende (bisher aber nicht finanzierbare) Zusatz-Investitionen in die Wirtschaft einfließen zu lassen. Und sollte es noch zu inflationären Erscheinungen kommen, könnte der Staat auch zur Rückgabe von Geld und damit einer Verringerung seiner Ausgaben gesetzlich gezwungen werden.

Der ab und zu gemachte Vorschlag einer Verteilung des zusätzlichen Geldes direkt an die Bürger, klingt zwar sympathisch, ist aber kaum realisierbar. Und das nicht nur im Hinblick auf die pro Kopf anfallende geringfügige Höhe dieser Korrekturbeträge, sondern auch wegen der mangelnden Sicherheit, dass es durch solche Geldausgaben an die Bürger überhaupt zu den gewünschten Umlaufbelebungen kommt. Und eine dosierte Einziehung von Geld bei den Bürgern wäre wohl noch weniger denkbar.